

EUROPÄISCHES PARLAMENT



**SONDERAUSGABE**

**EUROPÄISCHER RAT  
16. und 17. Dezember 2004  
Brüssel**

**REDE DES PRÄSIDENTEN,  
HERRN JOSEP BORRELL FONTELLES  
SCHLUSSFOLGERUNGEN DES VORSITZES**



04/S-2004

*Generaldirektion Präsidentschaft*

DE

DE

(Intranet) <http://www.europarl.ep.ec/bulletins> (Special Edition 2004)  
(Internet) <http://www.europarl.eu.int/bulletins> (Special Edition 2004)

\\EPADES\PUBLIC\SOMMET\2004\12-Bruxelles

# Rede von Präsident Josep BORRELL

## Europäischer Rat

Brüssel, 17. Dezember 2004

-----

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Europäischen Rates,

zunächst möchte ich dem niederländischen Ratsvorsitz für seine Disponibilität danken, die er dem Europäischen Parlament gegenüber unter Beweis gestellt hat. Ich möchte ferner darauf hinweisen, mit welchem Geschick dieser Vorsitz den Schwerpunkt auf die Frage des „Communicating Europe“ in einem Augenblick gelegt hat, in dem die Information der Bürger sich als unumgänglich erwiesen hat.

Vor einem Monat habe ich Ihnen zugesagt, dass das Europäische Parlament alles Erforderliche tun wird, damit eine starke Kommission mit breiter Unterstützung durch das Parlament ihre Arbeit aufnehmen kann.

Wir haben unsere Zusage eingehalten.

Nun, um welche Aufgaben geht es?

Am 26. Januar 2005 wird Präsident Barroso sein Arbeitsprogramm für 2005 und das Mehrjahresprogramm für die kommenden fünf Jahre vorstellen. Erstmals wird er im Vorgriff auf das Inkrafttreten der Verfassung eine Interinstitutionelle Vereinbarung über die Billigung dieses Fünfjahresprogramms vorschlagen.

Wir im Parlament sind bereit, eine solche Vereinbarung auszuhandeln, die uns allen einen Rahmen für unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren an die Hand gibt.

Unterdessen werden verschiedene Fragen unsere politischen Prioritäten bestimmen.

Lassen Sie mich mit der Finanziellen Vorausschau beginnen.

Das Europäische Parlament nimmt seine unbestreitbare Rolle im Hinblick auf die Finanzielle Vorausschau sehr ernst. Und ohne das Europäische Parlament wird es keine Finanzielle Vorausschau geben.

Gemeinsam müssen wir eine Einigung für den Zeitraum 2007-2013 finden. Hierfür hat das Parlament eigens einen Nichtständigen Ausschuss eingesetzt, dessen Vorsitzender zu sein ich die Ehre habe, um einen kohärenten und wohlgedachten Standpunkt zu vertreten. Unsere Arbeit stützt sich auf die Vorschläge der Kommission.

Wir möchten die Einigung. Und zwar innerhalb des vorgesehenen Zeitplans. Wir möchten aber nicht irgendeine Vereinbarung.

Die Mitgliedstaaten müssen sich ebenfalls untereinander einigen.

Hierzu haben sechs Mitgliedstaaten offiziell ihre Standpunkte zu den von der Prodi-Kommission vorgelegten und von der Barroso-Kommission offiziell übernommenen Vorschlägen zum Ausdruck gebracht. Der Zahlenvergleich ist bezeichnend.

Als erstes müssen Dinge verglichen werden, die vergleichbar sind. Es ist absurd, einen Vorschlag der Kommission in Zahlungsermächtigungen mit einem anderen Vorschlag von sechs Mitgliedstaaten in Verpflichtungsermächtigungen zu vergleichen.

Verglichen werden muss:

- ein Vorschlag der Kommission, der 1025 Milliarden EUR für den Zeitraum 2007-2013 umfasst, d.h. 1,26% des BIP in Verpflichtungsermächtigungen),
- mit einem Vorschlag von sechs Ländern, der 815 Milliarden EUR für denselben Zeitraum umfasst, d.h. 1% des BIP in Verpflichtungsermächtigungen.

Der Vorschlag der Sechs beinhaltet 210 Milliarden EUR weniger als der Vorschlag der Kommission.

Wir werden uns fragen müssen, ob der Ansatz von 1% uns zwingen wird, unsere politischen Zielsetzungen zurückzuschrauben und die bereits eingegangenen Verpflichtungen wieder zu lösen. Andererseits möchte ich Sie darauf hinweisen, dass, wenn es zu keiner Einigung zwischen dem Parlament und dem Rat über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen kommt, dies Folgendes bedeuten würde:

- Neuaushandlung jeder Politik der Union mit jährlichem Charakter
- Rückkehr zu dem in den Verträgen vorgesehenen jährlichen Haushaltsverfahren, d.h. einer Vereinbarung zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde. Ich bin überzeugt, dass weder der Rat noch das Parlament wieder wie in der Vergangenheit Kämpfe ausfechten möchten, in denen jeder seine Kriterien durchsetzen möchte.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Rat die Mittelausstattung kürzen und sich gleichzeitig den sich für die Union zu erwartenden neuen Herausforderungen und Prioritäten stellen kann, zumal Sie die Agrarausgaben bereits bis 2013 festgelegt haben.

Wenn ich von Herausforderungen und Prioritäten spreche, meine ich vor allem Folgendes:

- umfassende Verwirklichung der derzeitigen und künftigen Erweiterung;
- Aufrechterhaltung der Kohäsionspolitik als echtes Instrument der gemeinschaftlichen Solidarität,
- die immer bedeutendere Rolle der Union in der Welt und die neuen Politikmaßnahmen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Bildung.

Gestatten Sie mir eine Bemerkung: Es ist doch merkwürdig, dass diejenigen Mitgliedstaaten, die für eine Fortsetzung der Erweiterung sind (ich denke da vor allem an die Türkei), am wenigsten zu einer angemessenen Finanzierung bereit sind.

Ich habe den Eindruck, dass der Rat jedes Mal mehr Europäer, aber weniger Europa will.

Man kann aber nicht mehr Europa mit weniger Mitteln haben. Herr Barroso hat dies vor kurzem im Europäischen Parlament gesagt.

Aber, keine Angst. Entgegen dem, was behauptet wird, ist das Europäische Parlament keine schlaffe Haushaltsbehörde, und die Daten beweisen das:

- Im Zeitraum 1988-2003 war es von den beiden Haushaltsbehörden der Rat, der seine Ausgaben, die obligatorischen, am stärksten aufgestockt hat. Andererseits betrug die Aufstockung des Haushalts der Union zwischen 1996 und 2002 lediglich 8,2%, wogegen die nationalen Haushalte der 15 im Durchschnitt um 22,9% gewachsen sind.

Die Botschaft, die ich an Sie zu richten habe, lautet, dass diese Verhandlungen sich nicht nur auf eine Feilscherei um Zahlen und Prozentpunkte beschränken dürfen, sondern sich auf ein Projekt Europa beziehen müssen, dessen Finanzierung seinen ehrgeizigen Zielen entsprechen muss.

Meine Damen und Herren,

bevor ich auf das zentrale Thema dieses Gipfels, die Türkei, zu sprechen komme, möchte ich auf andere Punkte eingehen, die ebenfalls auf der Tagesordnung stehen.

Die Polemik um die Entscheidung in der Türkei-Frage hat die Würdigung der Bedeutung Ihrer Entscheidungen über Bulgarien, Rumänien und Kroatien in den Hintergrund gedrängt. Wir unterstützen im Falle Bulgariens die unternommenen Anstrengungen, die es dem Land ermöglicht haben, den Weg zum Beitritt innerhalb der vorgesehenen Fristen einzuschlagen.

Was Rumänien anbelangt, so sind wir nach wie vor der Auffassung, dass noch mehr dafür getan werden muss, damit das Gerichtssystem mehr Unabhängigkeit gewinnt, weniger auf Notverordnungen zurückgegriffen und mehr zur Bekämpfung der Korruption auf allen Ebenen getan wird. Für das Parlament steht es außer Frage, dass für Rumänien dieselben Bedingungen wie für Bulgarien gelten müssen. Ich kann dennoch sagen, dass das Parlament ungeachtet der technischen Schwierigkeiten alles in seinen Kräften Stehende tun wird, um über seine Zustimmung zum Abschluss der Verhandlungen am 13. April abzustimmen.

### **Der EU-Menschenrechtsbeauftragte**

Ihr Beschluss, einen EU-Beauftragten für Menschenrechte zu ernennen, wird im Parlament mit gewisser Besorgnis aufgenommen. Unsere Institution war bekanntlich Vorreiter in diesem Politikbereich, und dem Parlament ist es zu verdanken, dass in unsere internationalen Abkommen Menschenrechtsklauseln aufgenommen werden.

Einerseits sind die Menschenrechte seit jeher ein Hauptpfeiler unseres Ansatzes, wie wir die Außenpolitik der Union begreifen, und diese Ernennung könnte die Bedeutung der Menschenrechte verstärken.

Andererseits bestehen gewissen Befürchtungen, was die Fähigkeit des Parlaments angeht, das Wirken der Union in diesem Bereich zu kontrollieren. Das Parlament hat in dieser Sache gut mit der Kommission zusammengearbeitet, und uns liegt sehr viel daran, dass die Kontinuität dieser Zusammenarbeit gewährleistet ist.

Wie würde dieser Beauftragte das Parlament über seine Arbeit informieren? Ich möchte Sie darum bitten, sich über solche Fragen Gedanken zu machen, bevor Sie sich einer Idee verschreiben, die Schwierigkeiten verursachen könnte oder zu einem rein symbolischen Akt zu geraten droht.

### **Nahost-Friedensprozess**

Im vergangenen Monat hat König Abdullah von Jordanien dem Europäischen Parlament versichert, dass sich für den Friedensprozess eine Möglichkeit eröffnet habe, diese aber nur höchstens zwei Jahre bestehen bleiben werde. Die am 9. Januar in Palästina stattfindenden Präsidentschaftswahlen stellen eine bedeutsame Gelegenheit dar, um diesen Prozess offen zu halten. Das Parlament wird 30 Abgeordnete dorthin entsenden, die größte, von unserer Institution jemals entsandte Delegation.

### **Ukraine**

Die Europäische Union hat dieses Mal ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, eine Führungsrolle auf der Weltbühne zu spielen. Ich denke, wir können den Hohen Vertreter für die Außenpolitik, Herrn Solana, beglückwünschen. Ich beabsichtige, der Ukraine nach den Wahlen einen Besuch abzustatten und der Eröffnung des neuen Parlaments in Kiew beizuwohnen, als Geste der Unterstützung des Europäischen Parlaments für den demokratischen Prozess.

### **Türkei**

Bei seiner Abstimmung vor zwei Tagen hat das Europäische Parlament Sie aufgefordert, die Verhandlungen mit der Türkei „ohne unangemessene Verzögerung“ aufzunehmen. Letzte Nacht hat Herr Balkenende die Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei für den 3. Oktober angekündigt.

Dieser Termin entspricht dem Wunsch des Parlaments.

Ich hoffe, dass die Türkei noch heute bereit ist, die Bedingungen zu akzeptieren, die Sie gestern formuliert haben.

Das Ergebnis der Abstimmung war eindeutig: 407 Ja-Stimmen und 262 Gegenstimmen. Ebenso bedeutsam wie das, was das Parlament angenommen hat, ist das, was es abgelehnt hat. Das Parlament hat jedweden Plan B, eine privilegierte Partnerschaft oder andere Alternativen zu einer Vollmitgliedschaft rundweg abgelehnt. Unser Standpunkt ist klar und endgültig. Die Aufnahme der Verhandlungen bedeutet selbstverständlich nicht automatisch auch deren Abschluss. Niemand kann bei Beitrittsverhandlungen jemals das Endergebnis voraussagen. Ziel bei der Aufnahme der Verhandlungen ist allerdings die Vollmitgliedschaft.

Es ist klar, und ich weiß, dass dieser Punkt Gegenstand intensiver Verhandlungen mit Herrn Erdogan war, dass die Aufnahme von Verhandlungen die Anerkennung Zyperns durch die Türkei voraussetzt. Am Tisch werden 25 Länder sitzen - eines davon wird Zypern sein, ein anderes die Türkei.

Es ist klar, dass man nur mit jemandem verhandeln kann, den man anerkannt hat.

Das Parlament hat viel über seinen Standpunkt debattiert. In den vergangenen Monaten hat die Türkei-Frage die Institution beherrscht: Konferenzen, Besuche, u.a. von Ministerpräsident Erdogan und von Leyla Zana, unabhängige Berichte, Delegationsreisen in die Region, Hearings zu Themen wie die Rechte der Frau, Menschenrechte ...

Anlässlich meines Besuchs in der Türkei konnte ich feststellen, dass alle, von den Regierungsorganen bis zu den Menschenrechtsverfechtern, vom griechisch-orthodoxen Patriarchen bis zu den Gewerkschaftsführern, - ich wiederhole: alle! – die Aufnahme der Verhandlungen erwarteten. Zweifellos war die Aussicht auf Mitgliedschaft DIE Triebkraft und ist bereits der Garant für politische, soziale und wirtschaftliche Reformen. Ein NEIN zur Vollmitgliedschaft würde die Umkehrung dieses Prozesses bedeuten.

Andererseits ist ebenso klar, dass die Aufgabe, die Türkei in die EU zu integrieren, enorm ist, und ich bin mir nicht sicher, ob alle Menschen, mit denen ich in der Türkei zusammengetroffen bin, sich der Tragweite dieses Unterfangens in vollem Umfang bewusst sind. Der Bericht des Parlaments befasst sich im Wesentlichen mit dem, was nach der Aufnahme der Verhandlungen zu tun ist. Das Parlament muss seine Beziehungen zur türkischen Zivilgesellschaft intensivieren.

Vor uns liegt auch die schwierige Aufgabe, der europäischen Öffentlichkeit diese Aufgabe politisch zu erklären. Wenn die Türkei-Frage als neue Schlacht von Lepanto oder als erneute Belagerung von Wien aufgefasst wird, dann werden wir nichts erreichen.

Aus diesem Grunde möchte das Parlament zu jedem Vorschlag, die Verhandlungen mit der Türkei auszusetzen, konsultiert werden. Wenn das Parlament am Ende der Verhandlungen den Schlüssel für den Beitritt in Händen hält, wäre es seltsam, wenn wir über den Beschluss, die Verhandlungen auszusetzen, lediglich informiert würden. Noch befremdlicher wäre dies, wenn man bedenkt, dass das Parlament an der Aufgabe, diese Verhandlungen der Öffentlichkeit verständlich zu machen, beteiligt werden muss. Wie sollte das Parlament eine Entscheidung erklären, an der es nicht einmal beteiligt gewesen wäre?

Und schließlich:

### **Kofi Annan/Irak**

Ich möchte dem Ratsvorsitz für seine Initiative danken, Kofi Annan einzuladen, hier vor Ihnen zu sprechen. Vor einem Jahr war Kofi Annan anlässlich der Verleihung des Sacharow-Preises zu Gast beim Parlament, und nun meine ich, braucht er unsere Unterstützung. Denen, die ihn in den vergangenen Wochen angegriffen haben, möchte ich entgegenhalten: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, oder auf Englisch „People who live in glass houses shouldn't throw stones“ oder auf Französisch „Qu'as-tu à regarder la paille qui est dans l'oeil de ton frère? Et la poutre qui est dans ton oeil à toi, ne la vois-tu pas!“

Ich danke Ihnen.

---